

Autonomie oder Armut? Zur Sicherung gleicher Chancen materieller Wohlfahrt durch Erwerbsarbeit

Henning Lohmann
Hans-Jürgen Andreß

In modernen kapitalistischen Marktgesellschaften ist der Arbeitsmarkt der zentrale Ort der Verteilung von Lebenschancen und sozialer Sicherheit. Dies vor allem deshalb, weil Möglichkeiten der Selbstversorgung jenseits der Erwerbsarbeit kaum noch vorhanden sind. Und auch auf zwei weitere Quellen materieller und immaterieller Unterstützung – die Familie und den Sozialstaat – ist immer weniger Verlass. Die Stabilität familiärer Bindungen nimmt aus unterschiedlichen Gründen ab, und der alle Wechselfälle des Lebens absichernde Wohlfahrtsstaat scheint nicht mehr finanzierbar. Der Beitrag untersucht in europäisch vergleichender Perspektive, wie das damit veränderte Zusammenspiel von Markt, Familie und Staat die Chancen auf ein materiell gesichertes, selbstbestimmtes Leben beeinflusst.

1

Einleitung

1.1 ZUM ZUSAMMENHANG ZWISCHEN ERWERBSARBEIT UND ARMUT

Auf die manifesten und latenten Funktionen der Erwerbsarbeit für das Wohlbefinden der Individuen haben bereits früh *Jahoda* und *Rush* (1980) hingewiesen. Erwerbsarbeit strukturiert nach Ansicht der beiden Autoren nicht nur den Alltag, sondern ist auch eine Quelle neuer Erfahrungen, eröffnet soziale Kontakte und vermittelt sozialen Status und soziale Identität. Erwerbsarbeit hat darüber hinaus die Funktion, den Lebensunterhalt zu sichern, und zwar häufig nicht nur den Lebensunterhalt der Erwerbsperson selbst, sondern auch den Unterhalt der von dieser Person abhängigen Familienmitglieder. Dass Erwerbsarbeit den Lebensunterhalt häufig nicht sichern kann, ist bereits seit den Arbeiten von *Friedrich Engels* (1848) über die Lage der arbeitenden Klasse in England oder von *Benjamin Seebohm Rowntree* (1901) über Armut in der nordenglischen Stadt York bekannt. In der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts hat man lange geglaubt, dass dieses Phänomen der „armen Erwerbstätigen“ (working poor) mit dem wirtschaftlichen Aufschwung nach dem zweiten Weltkrieg und dem Ausbau des Sozialstaates verschwunden sei und allenfalls in den Randzonen des europäischen Wirtschaftsraums (z.B. in Südeuropa) oder in Nordamerika noch eine Rolle spiele.

Aber spätestens seit Anfang des 21. Jahrhunderts ist das Problem wieder auf der europäischen Agenda, nachdem festgestellt werden musste, dass die Armutsrisiken Erwerbstätiger – entgegen den Erwartungen vieler Zeitgenossen – wieder zugenommen haben.¹ Im Rahmen seiner Beschäftigungsstrategie hat daher der Europäische Rat 2005 erstmalig für die Mitgliedsländer der Europäischen Union das Ziel verabschiedet, die Armut Erwerbstätiger zu verringern (European Council 2005).

Von den o.g. Funktionen der Erwerbsarbeit interessiert uns hier also vor allem die materielle Seite. Das bedeutet nicht, dass Fragen der sozialen Einbindung und des Statuserwerbs zweitrangig sind. Im Gegenteil: Viele Arbeitslose würden, auch wenn sie dabei Nachteile in Kauf nehmen müssten, lieber erwerbstätig als arbeitslos sein, weil das Gefühl, gebraucht zu werden und einer sinnvollen Tätigkeit nachzugehen, besser ist, als nutzlos zu Hause zu sitzen und von anderen eventuell als arbeitsscheu stigmatisiert zu werden. Dennoch verbleibt die Frage, ob unter den gegenwärtigen sozioökonomischen Rahmenbedingungen wirklich jede Form von Erwerbsarbeit die finanziellen Voraussetzungen bietet, um aus eigener Kraft, also autonom, am Lebensstandard der Gesellschaft, in der man lebt, teilhaben zu können.

Die Beantwortung dieser Frage ist alles andere als einfach, denn die Höhe des persönlichen Erwerbseinkommens sagt noch wenig darüber aus, welchen Lebensstandard eine Person sich leisten kann. Ein entscheidender Punkt ist, ob sie dieses Einkommen mit anderen teilen muss und welche anderen Einkommensquellen zur

Verfügung stehen. Ein durchschnittliches Erwerbseinkommen schützt z.B. nicht vor Armut, wenn davon mehrere Familienmitglieder ohne Erwerbseinkommen unterstützt werden müssen. In Wohlfahrtsstaaten, in denen durch staatliche Transfers (z.B. Kindergeld) ein gewisser Ausgleich für diese familiären Lasten gegeben ist, sind solche Armutsrisiken einer großen Familie natürlich geringer als in Wohlfahrtsstaaten mit einem unzureichenden oder fehlenden Familienlastenausgleich. Umgekehrt ist aber auch ein geringes Erwerbseinkommen nicht notwendigerweise ein Armutsrisiko, z.B. dann nicht, wenn weitere Einkommen anderer Familienmitglieder das Haushaltseinkommen verstärken (wobei in der Armutsforschung vereinfachend angenommen wird, dass alle Familienmitglieder ohne Vorbehalt ihre

¹ Vgl. beispielsweise Strengmann-Kuhn 2003 als eine der frühen Analysen zu diesem Thema in Deutschland.

Henning Lohmann, Dr. rer. pol., Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin. Ab voraussichtlich April 2011 Juniorprofessor für Sozialstrukturanalyse, Universität Bielefeld. Arbeitsschwerpunkte: Soziale Ungleichheit, Wohlfahrtsstaat, Methoden der empirischen Sozialforschung. e-mail: hlohmann@diw.de

Hans-Jürgen Andreß, Prof. Dr. phil., Lehrstuhl für Empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung, Universität zu Köln. Arbeitsschwerpunkte: Sozialstrukturanalyse, Sozial- und Familienpolitik, Methoden der empirischen Sozialforschung und Statistik. e-mail: hja@wiso.uni-koeln.de

persönlichen Einkommen miteinander teilen). Die Frage eines auskömmlichen Lebens durch Erwerbsarbeit kann daher nur unter Berücksichtigung des Haushaltskontextes, in dem eine Person lebt, beurteilt werden. Haushaltskontext meint in diesem Zusammenhang zweierlei: zum einen die Höhe des Einkommensbedarfs, der durch das gemeinsame Wirtschaften mehrerer Personen entsteht, und zum anderen die Muster innerfamiliärer Arbeitsteilung, d.h. die Frage, wie Einkommenserwerb, Hausarbeit sowie Kinderbetreuung und Pflege Älterer auf die Familienmitglieder aufgeteilt werden. Beide Komponenten – Einkommensbedarf und innerfamiliäre Arbeitsteilung – können durch den Wohlfahrtsstaat modifiziert werden: der Einkommensbedarf beispielsweise durch einen Familienlastenausgleich, die Muster innerfamiliärer Arbeitsteilung beispielsweise durch die Bereitstellung eines Kinderbetreuungssystems. Letztendlich ist es also eine Frage des Zusammenspiels von Markt, Familie und Staat, wie sich Marktrisiken (niedrige Löhne, geringfügige oder teilzeitige Beschäftigung) im Lebensstandard der Individuen niederschlagen.

Genau diese Interdependenz von Markt, Familie und Staat macht die Untersuchung der Armutsfrage so schwierig. Die Einkommensrisiken einer Person am Markt hängen zunächst – neben den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – im Wesentlichen von ihren individuellen Eigenschaften ab (z.B. von ihrer Qualifikation). Ob Einkommensrisiken aber auch zu Armutsrisiken führen, entscheidet sich im Haushaltskontext, d.h. die (potenziellen) Armutsrisiken Erwerbstätiger können sich in sehr unterschiedlicher Weise entfalten. Sie variieren darüber hinaus zwischen den Ländern Europas. Denn nicht nur die individuellen Qualifikationsprofile und Muster familiären Zusammenlebens sind länderspezifisch ausgeprägt, sondern vor allem auch die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, weil der nationale Wohlfahrtsstaat mit seinen Leistungen jeweils bestimmte Gruppen privilegiert und andere benachteiligt. Die Interdependenz von Markt, Familie und Staat erschwert auch kausale Erklärungen. Wenn z.B. in bestimmten Ländern die Armutsrisiken junger Erwerbstätiger eher hoch sind, weil sie bereits früh erwerbstätig sind und einen eigenen Haushalt gründen, während in anderen Ländern ihre Armutsrisiken eher gering ausfallen, die ihrer (alten) Eltern dagegen

hoch, weil diese noch nicht erwerbstätige Jugendliche in ihrem Haushalt mitversorgen, dann können verschiedene Gründe für diese Unterschiede verantwortlich sein: ein Arbeitsmarkt, der mehr oder weniger viele Arbeitsplätze für junge Erwachsene bereitstellt, eine Kultur, in der bestimmte Muster familiären Zusammenlebens überwiegen, oder ein Wohlfahrtsstaat, der mit seinen Leistungen eine unabhängige Existenz junger Erwachsener ermöglicht oder nicht. Alle bisher vorliegenden Daten erlauben nicht, zwischen den verschiedenen Erklärungen zu unterscheiden. Wir beschränken uns daher im Folgenden auf die deskriptive Frage, welche Gruppen von Erwerbstätigen im besonderen Maße von Armut betroffen sind und wie das soziodemografische Profil der armen Erwerbstätigen zwischen den Ländern Europas variiert.

1.2 VORGEHENSWEISE

Die zentrale Datenquelle für unsere Analysen ist die Gemeinschaftsstatistik der Europäischen Union (EU) über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) der Jahre 2004 bis 2008 (Wolff et al. 2010). EU-SILC bietet gegenwärtig die einzige Möglichkeit, in aktueller Perspektive alle Länder der EU zu vergleichen. Daten für die EU-25 Länder (außer Malta) liegen seit dem Erhebungsjahr 2005 vor. Seit 2008 sind auch Rumänien und Bulgarien in EU-SILC vertreten. Zusätzlich werden mit Island und Norwegen zwei weitere Länder, die zum Europäischen Wirtschaftsraum gehören, berücksichtigt. Im Folgenden betrachten wir alle genannten Länder. Bei den Analysen verwenden wir die von Eurostat erstellten Querschnittsgewichte, die gruppenspezifische Unterschiede in den Auswahl- und Teilnahmewahrscheinlichkeiten ausgleichen sollen (Eurostat 2010). Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, dass es in einzelnen Ländern Hinweise auf Probleme mit der Qualität der Daten gibt. Ein Beispiel ist Deutschland, bei dem die EU-SILC-Daten in zentralen Merkmalen von den Vorgaben auf europäischer Ebene abweichen. Zudem gibt es Anzeichen dafür, dass bestimmte Gruppen mit einem hohen Armutsrisiko, wie Geringqualifizierte und Migranten, in der deutschen EU-SILC-Stichprobe unterrepräsentiert sind (Hauser 2007; Frick/Krell 2009). Daneben bestehen wie bei vielen komparativ angelegten Studien auch Zweifel

an der Vergleichbarkeit der Länder. Ein spezifisches Problem besteht darin, dass es zwischen den Ländern unterschiedliche Vorgehensweisen bei der Datenerhebung gibt.² Solche Differenzen, aber auch die Zusammenführung von Befragungs- und Registerdaten innerhalb von Ländern, erschweren vielfach die Vergleichbarkeit der Angaben (Lohmann 2011). Diese Aspekte, auf die wir im Rahmen dieses Beitrags nicht vertiefend eingehen können, sind bei der Interpretation der Ergebnisse mit zu berücksichtigen.

2

Wo steht Deutschland im europäischen Vergleich?

Frühere Arbeiten (Marx/Verbist 1998; Strengmann-Kuhn 2003; Peña-Casas/Latta 2004; Andreß/Lohmann 2008) verweisen darauf, dass die Armutsquote der Erwerbstätigen zwischen den Ländern Europas erheblich variiert. Dies zeigt sich auch in aktuellen Ergebnissen (Abbildung 1). Wie in anderen Analysen ist Armut von Erwerbstätigen dabei als relative Einkommensarmut definiert. Arm sind Personen, die in einem Haushalt leben, dessen bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen weniger als 60 % des länderspezifischen Medians beträgt (Bedarfsgewichtung mit modifizierter OECD-Skala). Als erwerbstätig werden Personen definiert, die mindestens sechs Monate im Vorjahr erwerbstätig waren. Dabei werden nur Personen im erwerbsfähigen Alter berücksichtigt. Die Untersuchungsgruppe umfasst also Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren, die mindestens die Hälfte des Vorjahres gearbeitet haben. Erwerbstätige, die in einem Haushalt mit einem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen unterhalb der Armutsgrenze leben, sind arme Erwerbstätige.

Nach dieser Definition sind je nach Land zwischen 3,9 und 16,9 % der Erwerbstätigen arm. Tendenziell sind die Armutsquoten in mittelost- und südeuropäischen Ländern höher, jedoch gibt es auch Ausnahmen wie die Tschechische Republik,

² In der Mehrzahl der Länder werden die Daten durch Befragung erhoben. Die skandinavischen und einige andere Länder entnehmen dagegen einen Teil der Informationen administrativen Registern (z.B. Einkommensangaben), während andere Angaben durch Befragung erhoben werden (z.B. detaillierte Angaben zur Erwerbstätigkeit).

in der die Armutsquote der Erwerbstätigen insgesamt am geringsten ist. Im Vergleich zur Armutsquote der Gesamtbevölkerung fällt auf, dass die häufig zum liberalen Wohlfahrtsregime (Esping-Andersen 1990) gezählten Länder Großbritannien und Irland keine außerordentlich hohen Armutsquoten für Erwerbstätige aufweisen.

Im Vergleich zu anderen Ländern der EU hat die Armutsquote der Erwerbstätigen in Deutschland ein mittleres Niveau (6,9 % im Jahr 2008). Betrachtet man Deutschland allein, wird deutlich, dass es eines der wenigen Länder ist, in dem die Armut der Erwerbstätigen in den letzten Jahren eindeutig zugenommen hat, was sich auch in der breiten Diskussion zu niedrigen Löhnen, Armut und Erwerbstätigkeit widerspiegelt (vgl. Abschnitt 5.2).³

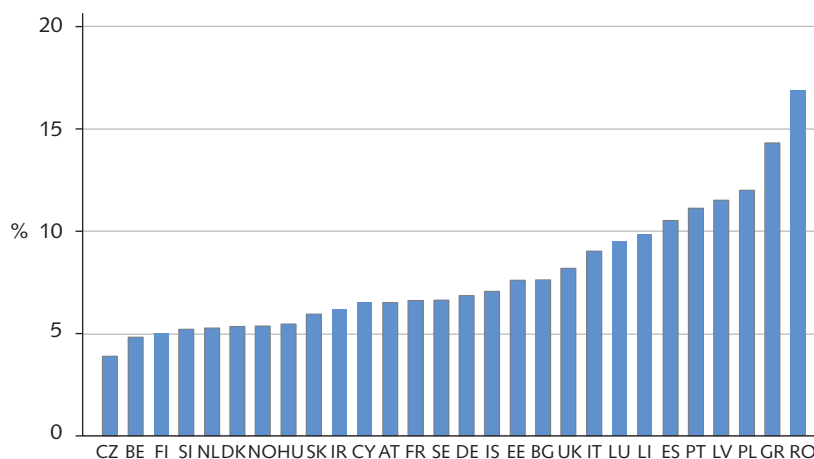
3

Erwerbseinkommen und Umverteilung

Mit Blick auf die Länderunterschiede verweisen frühere Arbeiten vor allem darauf, dass über typologische Ansätze (Wohlfahrtsregimes) die Unterschiede hinsichtlich Ausmaß und Struktur von Armut kaum auf die Ausgestaltung institutioneller Rahmenbedingungen zurückgeführt werden können (Strengmann-Kuhn 2003; Peña-Casas/Latta 2004). Wie jedoch in Abschnitt 1 dargestellt, kann das Armutsproblem der Erwerbstätigen nur aus dem Zusammenspiel von Markt, Staat und Familie verstanden werden, auch wenn die Interdependenz dieser drei Quellen der Wohlfahrtsproduktion nicht in eine einfache Typologie übersetzt werden kann. Lohmann (2010) analysiert stattdessen für ausgewählte Länder den Prozess der Einkommensentstehung und -umverteilung. Wie Tabelle 1 zeigt, unterscheiden sich die Länder deutlich danach, ob die Armut Erwerbstätiger eine Folge geringer Löhne, eines hohen Bedarfs im Haushaltskontext oder geringer staatlicher Umverteilung ist. In kontrafaktischer Weise werden fünf Stufen des Einkommensverteilungsprozesses unterschieden.

Stufe 1 stellt dar, ob eine Person allein von ihrem persönlichen Bruttoerwerbseinkommen oberhalb der Armutsgrenze leben könnte. In Stufe 2 wird dagegen der Bedarf des Haushalts, in dem eine Person lebt, angenommen. Auf Stufe 3 werden die

Abb. 1: Armutsquote von Erwerbstätigen – in % –



AT=Österreich, BE=Belgien, BG=Bulgarien, CY=Zypern, CZ=Tschechien, DE=Deutschland, DK=Dänemark, EE=Estland, GR=Griechenland, ES=Spanien, FI=Finnland, FR=Frankreich, HU=Ungarn, IE=Irland, IS=Island, IT=Italien, LI=Litauen, LU=Luxemburg, LV=Lettland, MT=Malta, NL=Niederlande, PL=Polen, PT=Portugal, RO=Rumänien, SE=Schweden, SI=Slowenien, SK=Slowakei, UK=Vereinigtes Königreich.

Quelle: EU-SILC 2008 (gewichtet, Frankreich=2007).

WSI MITTEILUNGEN

Tabelle 1: Armutsquoten von Erwerbstätigen nach Stufen des Einkommensverteilungsprozesses (2006) – in % –

	Stufen des Einkommensverteilungsprozesses				
	1	2	3	4	5
Belgien	5,8	23,7	5,5	11,6	4,0
Dänemark	7,6	18,0	5,5	11,3	4,5
Deutschland	17,9	32,8	10,5	16,5	5,9
Finnland	11,9	30,8	9,7	14,3	4,4
Frankreich	10,9	34,9	9,9	16,8	6,0
Griechenland	–	–	–	20,7	13,7
Großbritannien	18,6	38,2	11,4	16,1	7,6
Irland	18,5	48,2	14,3	16,6	6,1
Italien	–	–	–	17,2	9,7
Luxemburg	13,1	43,9	12,8	20,6	10,3
Niederlande	13,2	31,1	6,2	10,1	4,4
Norwegen	14,5	33,7	10,1	19,9	5,5
Österreich	13,3	40,0	10,0	17,4	6,3
Polen	14,9	42,1	16,0	26,5	12,8
Portugal	–	–	–	19,6	10,4
Schweden	15,9	31,3	11,3	19,7	7,4
Slowakei	11,3	57,8	11,5	17,0	6,3
Spanien	12,4	44,5	13,6	16,7	9,9
Tschechien	7,3	41,7	9,4	14,3	3,5
Ungarn	7,6	45,0	13,6	20,5	6,9

Anmerkungen: Einkommen zur Berechnung der Armutsquoten: 1) persönliches Erwerbseinkommen, 2) bedarfsgewichtetes persönliches Erwerbseinkommen, 3) bedarfsgewichtetes Bruttohaushaltserwerbseinkommen, 4) bedarfsgewichtetes Haushaltserwerbseinkommen nach Steuern und Abgaben, 5) bedarfsgewichtetes verfügbares Haushaltseinkommen.

Quelle: Lohmann 2010 (Datenbasis EU-SILC 2006, gewichtet).

WSI MITTEILUNGEN

persönlichen Bruttoerwerbseinkommen der übrigen Haushaltsmitglieder mitberücksichtigt (also das Bruttohaushaltserwerbseinkommen insgesamt). Diese Perspektive entspricht der Betrachtung des Vor-Steuer/Vor-Transfer-Einkommens. Die vierte Stufe simuliert die Besteuerung, die fünfte die Zahlung von Sozialtransfers. Auf dieser fünften Stufe wird das bedarfsgewichtete Nettohaushaltseinkommen

betrachtet, das auch die Grundlage der üblicherweise – und auch zuvor in diesem Artikel – ausgewiesenen Armutsquoten bildet.

³ Zur aktuellen Entwicklung des Armutsproblems der Erwerbstätigen in Deutschland vgl. Gießelmann/Lohmann 2008; Nollmann 2009; Gießelmann 2009; Lohmann/Gießelmann 2010 und Becker in diesem Heft.

Die Zerlegung in die unterschiedlichen Stufen des Einkommensverteilungsprozesses macht deutlich, dass manche Länder bereits auf der Ebene der persönlichen Erwerbseinkommen von sehr niedrigen Armutsquoten ausgehen, während diese in anderen Ländern erst durch staatliche Umverteilung erreicht werden. Letzteres wird offensichtlich, wenn man beispielsweise Länder wie Irland und Spanien miteinander vergleicht. Auf Basis des bedarfsgewichteten Bruttohaushaltserwerbseinkommens (Stufe 3) ist das Niveau der Armut von Erwerbstätigen in beiden Ländern relativ hoch (14,3 bzw. 13,6 %). Nach staatlicher Umverteilung (Stufe 5) ist die Armutsquote in Irland vergleichsweise niedrig (6,1 %), während Spanien weiterhin zu den Ländern mit einer hohen Armutsquote der Erwerbstätigen gehört (9,9 %).

Neben den Effekten staatlicher Umverteilung zeigt sich, dass in süd- und mittelosteuropäischen Ländern die Belastung von Erwerbstätigen durch den Haushaltskontext sehr viel stärker ist als in den meisten anderen Ländern. Während in der Mehrzahl der Länder die Armutsquote auf Stufe 3 (also nach der Berücksichtigung weiterer Erwerbstätiger im Haushalt) niedriger ist als auf Basis des persönlichen Bruttoerwerbseinkommens, ist dies in Polen, der Slowakei, Tschechien, Spanien und Ungarn nicht der Fall. Während in den nord- und mitteleuropäischen Ländern Personen mit niedrigen Einkommen von der Umverteilung im Haushalt eher profitieren, stellt in den genannten süd- und mittelosteuropäischen Ländern der Haushaltskontext eine Belastung dar. Hier ist zu vermuten, dass das wohlfahrtsstaatliche Arrangement unterschiedliche Erwerbsmuster befördert, die über das Zusammenfließen von Einkommen im Haushalt das Niveau der Armut Erwerbstätiger beeinflussen. Deutschland gehört dabei zu den Ländern, in denen der positive „Haushaltseffekt“ besonders stark ist. Auf Basis der persönlichen Bruttoerwerbseinkommen sind mit 17,9 % viele Personen arm (was unter anderem auf den relativ hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen ist). Auf der Ebene der Haushaltsbruttoeinkommen ist der Anteil der armen Erwerbstätigen dagegen nicht überdurchschnittlich (10,5 %).

Grundsätzlich zeigen sich Muster, die sich in Richtung eines unterschiedlichen Verhältnisses von Staat, Markt und Fami-

lie interpretieren lassen. Im Rahmen von Mehrebenenmodellen (Lohmann 2009, 2010) lässt sich veranschaulichen, dass das Ausmaß der Armut Erwerbstätiger nach staatlicher Umverteilung stärker variiert als vor staatlicher Umverteilung, was sowohl auf unterschiedliche Besteuerung als auch auf die unterschiedliche Verfügbarkeit von Transfers für Erwerbstätigenhaushalte zurückzuführen ist.⁴ Auch lassen sich die Unterschiede nach Umverteilung besser durch institutionelle Faktoren wie die Höhe von Lohnersatzraten und Familientransfers bzw. die Ausgestaltung des Systems der Familiendienstleistungen erklären. Ein Einfluss der Zentralisierung des Lohnverhandlungssystems auf die Vortransfer- bzw. persönlichen Erwerbseinkommen lässt sich dagegen nicht in robuster Weise bestätigen.

4

Erwerbsbeteiligung und Armutsrisiken ausgewählter Gruppen

4.1 ERWERBSBETEILIGUNG – (K)EIN INDIKATOR FÜR MATERIELLE SICHERHEIT

Im Folgenden soll betrachtet werden, inwieweit sich die materielle Sicherheit, die über Erwerbsarbeit erzielt wird, für ausgewählte Gruppen von Erwerbstätigen unterscheidet, die sich in bisherigen Analysen als besonders armutsgefährdet auszeichneten. Die grundlegende Hypothese hierbei ist, dass wohlfahrtsstaatliche Rahmenbedingungen in unterschiedlicher Weise darauf ausgelegt sind, spezifische Gruppen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dies betrifft auf der einen Seite die Integration entlang individueller Merkmale wie beispielsweise dem Qualifikationsniveau einer Person. Auf der anderen Seite spielen aber auch die auf Regelungen im Bereich der Familien-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik zurückgehenden Unterschiede in den familiären Erwerbsmodellen eine Rolle. Um dieser Frage nachzugehen, untersuchen wir das Ausmaß der Armut Erwerbstätiger differenziert nach den Merkmalen Bildung und Geschlecht. Um Unterschiede in den Länderkontexten abbilden zu können, bedienen wir uns einiger einfacher Indikatoren, die in verlässlicher Form für eine große Zahl

von Ländern vorliegen und die wir mit den Armutsquoten in Beziehung setzen. Dieses Vorgehen dient zur Verdeutlichung von grundsätzlichen Zusammenhängen, kann aber natürlich nicht den Anspruch einer Analyse von Kausaleffekten auf der Makroebene erheben. Es bietet aber die Möglichkeit, einzelne Aspekte in der Unterschiedlichkeit von Wohlfahrtsstaaten zu untersuchen, ohne diese allein als Idealtypen zu betrachten, die eine Vielzahl von Merkmalen vereinen.

Zunächst ist die Frage nach der Arbeitsmarktintegration einzelner Gruppen zentral. Entsprechende Indikatoren sind in *Tabelle 2* zusammengefasst. Die europäischen Länder unterscheiden sich deutlich in der allgemeinen Erwerbstätigenquote. Insbesondere skandinavische Länder weisen sehr hohe Erwerbstätigenquoten auf, während in einigen süd- und mittelosteuropäischen Ländern die Erwerbstätigenquoten um mehr als 20 Prozentpunkte geringer ausfallen (vgl. auch OECD 2010). Noch ausgeprägter sind die Unterschiede für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Die Unterschiede in den allgemeinen Erwerbstätigenquoten gehen zu einem größeren Teil auf Unterschiede in den Erwerbstätigenquoten von Frauen zurück. Extreme Differenzen bestehen im Grad, zu dem Geringqualifizierte in den Arbeitsmarkt integriert sind. Hierbei ist allerdings auch zu berücksichtigen, dass sich der Anteil der Geringqualifizierten an der Bevölkerung zwischen den Ländern deutlich unterscheidet, sodass im Ländervergleich sehr unterschiedlich selektive Gruppen betrachtet werden, die allein deswegen in unterschiedlicher Weise von schlechten Arbeitsmarktpositionen betroffen sind (Gesthuizen et al. 2010).

Grundsätzlich lässt sich hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration bestimmter Gruppen in zwei Richtungen argumentieren. So kann, positiv gewendet, allein die Tatsache, dass einer Erwerbstätigkeit nachgegangen wird, als Aspekt individueller Autonomie interpretiert werden, da Erwerbseinkommen generiert wird, das Unabhängigkeit von staatlichen Transfers bzw. familialer Unterstützung verspricht. Jedoch ist auch eine ganz andere Deutung

⁴ Insgesamt spielen bei staatlichen Transferleistungen solche für nicht-erwerbstätige Haushaltsmitglieder, wie beispielsweise Arbeitslosengeld oder Kindergeld, und nicht aufstockende Transfers die größte Rolle, vgl. Lohmann 2007, S. 130ff.

möglich. Sie besagt, dass die breite Arbeitsmarktintegration von Gruppen, für die nur geringe Möglichkeiten zum Erwerb eines existenzsichernden Einkommens bestehen (z.B. Geringqualifizierte), deren Möglichkeiten der Unterhaltssicherung (wenn überhaupt) nur unwesentlich verbessert, während ihre Autonomie im Sinne einer freien Zeitverwendung eingeschränkt wird. Gerade vor dem Hintergrund der Integration, teilweise auch nur marginalen Integration von (früheren) Transferempfängern in den Arbeitsmarkt, wie sie im Rahmen von Aktivierungsprogrammen angestrebt wird, erscheint diese Annahme nicht unplausibel.

4.2 GRUPPENSPEZIFISCHE ARMUT ERWERBSTÄTIGER

Im Folgenden betrachten wir Länderunterschiede in den Armutsquoten von Erwerbstätigen nach Geschlecht und Bildungsabschluss. Hinsichtlich der Unterscheidung nach Bildungsabschlüssen ist auf grundsätzliche Probleme der Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen im internationalen Vergleich hinzuweisen (Schneider 2008). Die Bildungsangaben in EU-SILC sind nach der ISCED-Klassifikation abgelegt, allerdings in einer sehr stark zusammengefassten Form, die letztlich nur die Unterscheidung zwischen drei Bildungsgruppen ermöglicht. Grundsätzlich bestehen bereits bei weniger stark zusammengefassten ISCED-Angaben Schwierigkeiten, Bildungsabschlüsse über Länder hinweg in gleicher Weise trennscharf voneinander abzugrenzen, insbesondere wenn man Länder mit einem ausgeprägten beruflichen Bildungssystem mit Ländern mit einem vorwiegend allgemein bildenden System vergleicht (vgl. bezogen auf EU-SILC Müller 2008). Auf Basis dieser Angaben lassen sich Geringqualifizierte nur in sehr allgemeiner Weise abgrenzen, was bei der Interpretation mit zu berücksichtigen ist.

Um den Zusammenhang zwischen dem gruppenspezifischen Ausmaß der Armut Erwerbstätiger und dem Grad der Arbeitsmarktintegration zu betrachten, berechnen wir das Verhältnis der gruppenspezifischen Armutsquote zur Gesamtarmutsquote. Dadurch wird das relative Armutsrisiko einer Gruppe unabhängig vom allgemeinen Niveau der Armut Erwerbstätiger ausgedrückt. Der Ausgangspunkt sind die Armutsquoten, die in *Tabelle 3* dargestellt sind. In glei-

Tabelle 2: Erwerbstätigenquoten nach Geschlecht und Bildung (2008)
– in % –

	Geschlecht			Bildung (ISCED)		
	gesamt	weiblich	männlich	0–2	3–4	5–6
Österreich	72,1	65,8	78,5	51,0	77,1	86,1
Belgien	62,4	56,2	68,6	39,7	67,0	83,0
Bulgarien	64,0	59,5	68,5	32,9	72,7	86,1
Zypern	70,9	62,9	79,2	50,9	74,0	86,5
Tschechien	66,6	57,6	75,4	24,1	73,1	83,2
Deutschland	70,7	65,4	75,9	45,9	74,7	86,4
Dänemark	77,9	73,9	81,9	65,6	82,1	89,2
Estland	69,8	66,3	73,6	34,9	75,4	85,2
Spanien	64,3	54,9	73,5	55,5	67,4	81,7
Finnland	71,1	69,0	73,1	46,4	75,1	85,6
Frankreich	64,9	60,4	69,6	46,9	69,6	80,9
Griechenland	61,9	48,7	75,0	52,4	61,2	82,1
Ungarn	56,7	50,6	63,0	27,2	63,3	79,5
Irland	67,6	60,2	74,9	46,9	71,9	84,4
Island	83,6	79,6	87,3	79,2	84,1	90,9
Italien	58,7	47,2	70,3	46,0	67,9	78,5
Litauen	64,3	61,8	67,1	20,7	68,1	87,7
Luxemburg	63,4	55,1	71,5	48,4	65,3	83,6
Lettland	68,6	65,4	72,1	37,1	74,5	86,9
Niederlande	77,2	71,1	83,2	62,8	80,9	87,9
Norwegen	78,0	75,4	80,5	60,6	82,0	90,4
Polen	59,2	52,4	66,3	25,5	63,3	83,7
Portugal	68,2	62,5	74,0	65,8	65,8	84,7
Rumänien	59,0	52,5	65,7	41,0	63,5	85,7
Schweden	74,3	71,8	76,7	55,9	81,6	88,1
Slowenien	68,6	64,2	72,7	42,9	72,0	87,5
Slowakei	62,3	54,6	70,0	15,9	70,1	83,8
Großbritannien	71,5	65,8	77,3	56,2	75,1	85,3

Quelle: Eurostat Tabellen zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit (auf Basis der Arbeitskräfteerhebung/ EU-LFS), Version vom 11.02.2011.

WSI MITTEILUNGEN

cher Weise standardisieren wir auch die Erwerbstätigenquoten ausgehend von *Tabelle 2*. Das Vorgehen soll anhand eines Beispiels kurz verdeutlicht werden. In Deutschland beträgt die Armutsquote der Erwerbstätigen 6,9 %. Die Armutsquote der gering qualifizierten Erwerbstätigen ist mit 17,7 % deutlich höher. In *Abbildung 2* und *3* stellen wir jeweils die gruppenspezifischen Armutsquote (bzw. Erwerbstätigenquote) im Verhältnis zur Armutsquote der Gesamtpopulation dar. In dem Beispiel ergibt sich ein Verhältnis von 17,7 zu 6,9 (= 2,6). Der Wert über eins zeigt an, dass die gruppenspezifische Quote überdurchschnittlich hoch ist. Ein Wert unter eins verweist auf eine unterdurchschnittliche Quote. Entspricht ein gruppenspezifischer Wert genau dem der Gesamtbevölkerung, ist der Wert eins.

Wir betrachten auf diese Weise zunächst den Zusammenhang zwischen dem Grad der Arbeitsmarktintegration Geringqualifizierter und der Armutsquote der Erwerbstätigen in dieser Gruppe (*Abbildung 2*). In allen Ländern ist die Erwerbstätigenquote von Geringqualifizier-

ten unterdurchschnittlich (Werte < 1) und das Armutsrisiko von gering qualifizierten Erwerbstätigen überdurchschnittlich (Werte > 1). Neben dem für alle Länder geltenden Befund, dass der Grad der Arbeitsmarktintegration von Geringqualifizierten niedrig und das Armutsrisiko hoch ist, zeigt die *Abbildung* jedoch auch systematische Unterschiede zwischen den Ländern. Der Zusammenhang zwischen der (relativen) Erwerbstätigenquote der Geringqualifizierten und der (relativen) Armutsquote ist eindeutig negativ. In Ländern, in denen Geringqualifizierte relativ häufig in den Arbeitsmarkt integriert sind, ist die Armutsquote innerhalb dieser Gruppe relativ niedrig. In *Abbildung 2* ist zudem durch die Größe der Punkte auch der Bevölkerungsanteil der Geringqualifizierten dargestellt. Dabei deutet sich an, dass der Grad der Arbeitsmarktintegration auch mit der Größe der Gruppe zusammenhängt. In Ländern, in denen diese Gruppe relativ groß, also nicht besonders selektiv ist (beispielsweise in Italien, Spanien oder Portugal), sind ihre Erwerbstätigenquoten nicht sehr viel

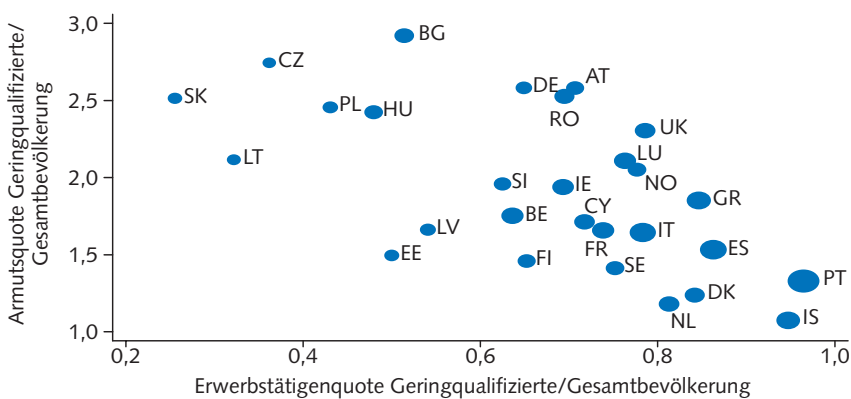
Tabelle 3: Armutsquoten von Erwerbstätigen nach Geschlecht und Bildung (2008) – in % –

	Geschlecht			Bildung (ISCED)		
	gesamt	männlich	weiblich	0–2	3	4–6
Österreich	6,5	6,5	6,6	16,8	5,7	3,7
Belgien	4,8	4,6	5,1	8,4	5,5	2,9
Bulgarien	7,6	7,8	7,4	22,3	5,3	1,5
Zypern	6,5	6,3	6,8	11,1	7,5	2,7
Tschechien	3,9	3,4	4,4	10,6	3,9	1,7
Deutschland	6,9	6,1	7,7	17,7	7,9	4,5
Dänemark	5,3	5,9	4,8	6,6	5,9	3,7
Estland	7,6	6,5	8,7	11,3	9,3	4,4
Spanien	10,5	11,5	9,1	16,1	9,5	5,1
Finnland	5,0	5,2	4,8	7,3	6,5	2,2
Frankreich	6,6	6,9	6,3	10,9	7,1	2,8
Griechenland	14,3	15,8	12,1	26,5	12,7	4,9
Ungarn	5,5	6,4	4,3	13,2	5,6	1,6
Irland	6,2	6,7	5,6	12,0	5,5	3,4
Island	7,1	7,2	6,9	7,6	9,1	4,9
Italien	9,0	10,6	6,6	14,8	6,7	3,1
Litauen	9,8	9,7	9,9	20,8	13,8	6,4
Luxemburg	9,5	9,3	9,8	20,0	6,8	3,0
Lettland	11,5	11,2	11,8	19,1	12,9	5,6
Niederlande	5,3	5,6	4,9	6,2	6,0	4,0
Norwegen	5,4	5,8	4,9	11,0	5,3	2,7
Polen	12,0	13,1	10,7	29,5	13,8	3,0
Portugal	11,1	11,8	10,3	14,8	5,1	0,9
Rumänien	16,9	18,6	14,5	42,6	12,8	0,6
Schweden	6,6	7,0	6,2	9,4	6,8	5,6
Slowenien	5,2	5,7	4,6	10,2	5,5	1,1
Slowakei	6,0	6,3	5,6	15,0	6,5	2,9
Großbritannien	8,2	8,0	8,4	18,9	8,9	4,4

Quelle: EU-SILC 2008 (gewichtet, Frankreich=2007).

WSI MITTEILUNGEN

Abb. 2: Relative Armutsquote von Geringqualifizierten und Arbeitsmarktintegration



Korrelation: 0,61; Größe der Markierungen=Anteil Geringqualifizierter an der Gesamtbevölkerung (ISCED 0-2).

AT=Österreich, BE=Belgien, BG=Bulgarien, CY=Zypern, CZ=Tschechien, DE=Deutschland, DK=Dänemark, EE=Estland, GR=Griechenland, ES=Spanien, FI=Finnland, FR=Frankreich, HU=Ungarn, IE=Irland, IS=Island, IT=Italien, LT=Litauen, LU=Luxemburg, LV=Lettland, NL=Niederlande, NO=Norwegen, PL=Polen, PT=Portugal, RO=Rumänien, SE=Schweden, SI=Slowenien, SK=Slowakei, UK=Vereinigtes Königreich.

Quelle: EU-SILC 2008 (gewichtet, Frankreich=2007). Erwerbstätigenquote siehe Tabelle 2.

WSI MITTEILUNGEN

niedriger als in der Gesamtbevölkerung, und auch ihre relativen Armutsquoten sind im Vergleich zu anderen Ländern eher niedrig. Allerdings erklärt die Größe

der Gruppe nicht vollständig den Grad der Arbeitsmarktintegration oder das Ausmaß der Armut. Vergleicht man beispielsweise Deutschland, Dänemark und die Slowa-

kei, wird deutlich, dass diese Länder es in sehr unterschiedlichem Maße schaffen, die Gruppe der Geringqualifizierten in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Armut zu vermeiden. Das zeigt, dass es nicht allein der Arbeitsmarktintegration bedarf, um Armut zu vermeiden. Vielmehr spielen auch andere länderspezifische Faktoren, wie beispielsweise das jeweilige Transfersystem, hierbei eine Rolle. Insgesamt kann man aber feststellen: Länder, in denen Geringqualifizierte gut in den Arbeitsmarkt integriert sind, weisen auch gemessen am allgemeinen Armutsniveau der Erwerbstätigen nicht stark überproportionale Armutsquoten in der Gruppe der Geringqualifizierten auf.

In *Abbildung 3* ist in gleicher Weise der Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Armut erwerbstätiger Frauen und ihrer Arbeitsmarktintegration dargestellt. Hinsichtlich der Erwerbstätigenquote ergibt sich auch hier ein über alle Länder hinweg zu beobachtendes Ergebnis: Die Erwerbstätigenquoten von Frauen sind niedriger als in der Gesamtbevölkerung, und das impliziert: niedriger als die Erwerbstätigenquoten von Männern. Nicht einheitlich fällt das Ergebnis hinsichtlich der Armutsquoten der erwerbstätigen Frauen aus. In vielen Ländern liegen die Werte nahe eins. Es gibt also kaum Unterschiede in den Armutsquoten von Männern und Frauen. Es gibt aber auch Länder, wie beispielsweise Italien, in denen Frauen deutlich seltener als Männer von Armut trotz Erwerbstätigkeit betroffen sind. In anderen Ländern, wie beispielsweise Estland, aber auch Deutschland, sind dagegen Frauen häufiger arm und erwerbstätig.

Interessant ist nun die Frage, warum in den einzelnen Ländern Frauen entweder seltener oder häufiger als Männer arm und erwerbstätig sind. *Abbildung 3* zeigt einen mittleren positiven Zusammenhang zwischen der relativen Erwerbs- und Armutsquote von Frauen: Je stärker Frauen in den Arbeitsmarkt integriert sind, desto häufiger sind sie von Armut betroffen. Dieses Ergebnis überrascht zunächst, zumindest wenn man annimmt, dass über Erwerbsarbeit Einkommensmöglichkeiten und persönliche Autonomie erzielt werden können. Berücksichtigt man allerdings die bekannten geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede bzw. die überproportionale Beschäftigung von Frauen im Niedriglohnbereich, so wird dieser Befund nachvollziehbar. Erklärungsbe-

dürftig bleibt der vielfach angeführte Verweis, dass erwerbstätige Frauen *insgesamt* jedoch keineswegs überproportional von Armut betroffen sind, obwohl sie die Mehrheit der Niedriglohnbeschäftigten stellen (Strengmann-Kuhn 2003; Lohmann 2007; Ponthieux 2010). Doch auch dieser vermeintliche Widerspruch löst sich auf: Frauen sind nach wie vor seltener Hauptverdienerinnen in einem Haushalt, weshalb ihr Niedriglohn nicht zwangsläufig zu Armut führen muss. Es ist zu vermuten, dass gerade in Ländern, in denen relativ wenige Frauen erwerbstätig sind, das Frauenerwerbseinkommen nicht die zentrale Erwerbsquelle eines Haushalts darstellt, sondern eher als zusätzliches Einkommen interpretiert werden muss, welches das Haushaltseinkommen im Vergleich zu Einverdienerhaushalten erhöht. In Ländern, in denen die Erwerbstätigenquote von Frauen sich kaum von der Männerquote unterscheidet, stellen dagegen Doppelverdienerhaushalte den Regelfall dar. Erwerbstätige Frauen sind dann in gleicher Weise wie Männer von Armut betroffen. In einigen Ländern sind die Armutsrisiken sogar größer, wobei man vermuten kann, dass zu diesem Ergebnis auch eine größere Zahl alleinverdienender Frauen beiträgt, deren Armutsrisiken größer sind, weil Frauen häufiger niedrige Löhne verdienen.

5

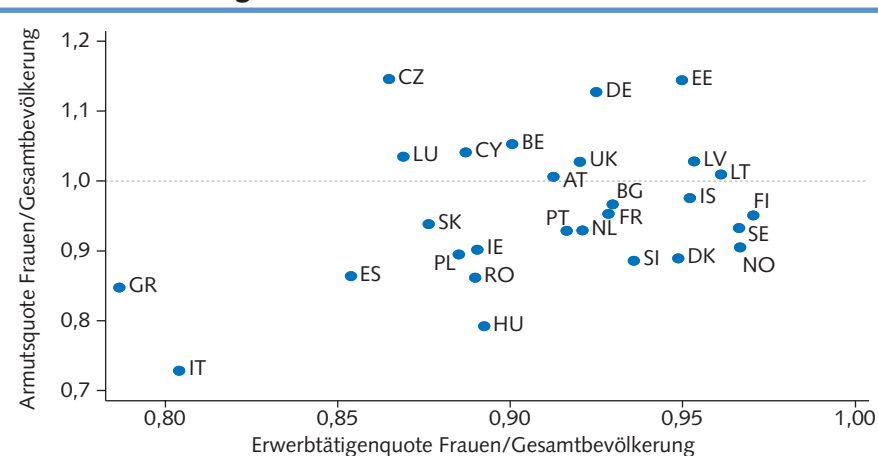
Ausblick: Wie entwickelt sich das Armutsrisiko der Erwerbstätigen?

Abschließend wollen wir, gleichfalls europäisch vergleichend, die zeitliche Veränderung der Armutsquote Erwerbstätiger seit Mitte der 1990er Jahre betrachten und sodann für Deutschland einige Gründe für die beobachteten Entwicklungen benennen.

5.1 UNTERSCHIEDLICHE ENTWICKLUNGEN IN DER EU

Tabelle 4 zeigt für die EU-15 Länder (nur für diese liegen weiter zurückreichende Daten vor), wie sich die Armutsquote von Erwerbstätigen seit 1994 entwickelt hat. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Angaben auf zwei unterschiedlichen Datenquellen beruhen. Für die Jahre 1994 bis

Abb. 3: Relative Armutsquote von Frauen und Arbeitsmarktintegration



Korrelation: 0,35

AT=Österreich, BE=Belgien, BG=Bulgarien, CY=Zypern, CZ=Tschechien, DE=Deutschland, DK=Dänemark, EE=Estland, GR=Griechenland, ES=Spanien, FI=Finnland, FR=Frankreich, HU=Ungarn, IE=Irland, IS=Island, IT=Italien, LT=Litauen, LU=Luxemburg, LV=Lettland, NL=Niederlande, NO=Norwegen, PL=Polen, PT=Portugal, RO=Rumänien, SE=Schweden, SI=Slowenien, SK=Slowakei, UK=Vereinigtes Königreich.

Quelle: EU-SILC 2008 (gewichtet, Frankreich=2007). Erwerbstätigenquote siehe Tabelle 2.

WSI MITTEILUNGEN

2001 wird das Europäische Haushaltspanel (ECHP) verwendet, die Vorgängerstudie von EU-SILC. Die aktuelleren Ergebnisse basieren auf EU-SILC Daten. Da sich beide Studien in der Erhebung des zur Armutsmessung verwendeten Einkommens zwar ähneln, aber in anderen Punkten grundsätzlich unterscheiden, ist ein direkter Vergleich der Ergebnisse über die Zeit nicht möglich (Eurostat 2005).

Allgemein ist festzustellen, dass – und hier sollten mögliche Brüche in den Zeitreihen zwischen 2001 und 2004 nur eine geringe Rolle spielen – keine europäisch einheitliche Entwicklung der Armutsquoten Erwerbstätiger im Zeitraum von 1994

bis 2008 zu beobachten ist. In den Jahren bis 2001 ist in allen südeuropäischen und einigen anderen Ländern ein teilweise deutlicher Rückgang der Armut Erwerbstätiger zu beobachten, wobei sich der Trend in einigen Ländern nach 2001 scheinbar umkehrt. Dagegen ist die Situation insbesondere in Finnland und Schweden über den gesamten Zeitraum durch steigende Armutsquoten gekennzeichnet.

Im Vergleich zu den Jahren 1994 bis 2001 weisen seit 2004 deutlich mehr Länder steigende Armutsquoten Erwerbstätiger auf. Ein genereller Trend ist jedoch auch hier nicht zu beobachten. Grundsätzlich ist bei den Betrachtungen zu berücksichtigen

Tabelle 4: Armutsquote von Erwerbstätigen 1994–2008 – in % –

	ECHP		EU-SILC	
	1994 ^a	2001	2004 ^b	2008 ^c
Belgien	6,6	4,0	4,2	4,8
Dänemark	4,0	3,9	4,7	5,3
Deutschland	6,1	4,6	5,2	6,9
Finnland	3,4	6,0	4,5	5,0
Frankreich	9,8	7,9	5,5	6,6
Griechenland	16,8	12,1	13,1	14,3
Großbritannien	7,5	6,6	8,1	8,2
Irland	4,2	7,3	6,5	6,2
Italien	12,3	10,4	9,5	9,0
Luxemburg	11,9	8,0	8,6	9,5
Niederlande	5,9	8,0	5,9	5,3
Österreich	7,9	5,8	7,4	6,5
Portugal	14,6	11,5	11,1	11,1
Schweden	5,8	6,5	6,0	6,6
Spanien	10,9	9,7	11,6	10,5

Anmerkungen: a) Luxemburg, Österreich: 1995, Finnland: 1996, Schweden: 1997, b) Großbritannien, Deutschland, Niederlande: 2005, c) Frankreich: 2007.

Quelle: ECHP 1994–1997, 2001, EU-SILC 2004, 2005, 2007, 2008 (jeweils gewichtet).

WSI MITTEILUNGEN

sichtigen, dass in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in allen Ländern relativ günstige wirtschaftliche Bedingungen herrschten, die sich positiv auf den Arbeitsmarkt und die Armutsentwicklung der Erwerbstätigen ausgewirkt haben dürften. Hatte die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt über die hier betrachteten 15 Länder im Jahr 1994 einen Höchststand erreicht (und das Wirtschaftswachstum im Jahr zuvor einen Tiefpunkt), war das Niveau im Jahr 2001 so niedrig wie niemals seit Beginn der 1990er Jahre (Lohmann 2007, S. 120ff.). Auch wenn ein einfacher kausaler Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Armutsquote der Erwerbstätigen nicht anzunehmen ist, können diese Entwicklungen bei der Betrachtung der zeitlichen Veränderungen nicht völlig außer Acht gelassen werden. Für Deutschland und auch einige andere Länder lässt sich ein U-förmiger Trend ausmachen, der allerdings nur zeitweilig parallel zur wirtschaftlichen Entwicklung verläuft. Darüber hinausgehende Erklärungen für die Armutsentwicklung bei den Erwerbstätigen sind schwierig. Längsschnittanalysen für einzelne europäische Länder deuten wie die bereits oben diskutierten Ergebnisse auf uneinheitliche Trends mit jeweils unterschiedlichen Bestimmungsgründen hin (Snel et al. 2008; Halleröd/Larsson 2008; Airio et al. 2008; Biolcati Rinaldi/Podestà 2008; Connolly 2008; Nolan 2008). Ländervergleichende Analysen, in denen Makroindikatoren zur Abbildung der institutionellen Rahmenbedingungen verwendet werden, liefern in einer Längsschnittperspektive nur wenig robuste Ergebnisse, was teilweise darauf zurückzuführen ist, dass die für eine größere Zahl von Ländern verfügbaren Zeitreihen relativ kurz sind und sie in diesem knappen Zeitraum relativ wenig Varianz aufweisen (Lohmann 2007; Andreß/Lohmann 2008).

5.2 ENTWICKLUNGEN IN DEUTSCHLAND

Betrachtet man Deutschland allein, lassen sich dagegen auch längerfristige Entwicklungen aufzeigen. Auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP, vgl. Wagner et al. 2007) liegen mehrere Studien vor, die die Armut der Erwerbstätigen in einer Längsschnittperspektive untersuchen (Andreß/Seeck 2007; Gießelmann 2009; Lohmann/Gießelmann 2010).

Andreß und Seeck (2007) haben diese Entwicklung für die Zeitspanne 1991 bis 2004 nachgezeichnet. Ihr Befund ist, dass im Untersuchungszeitraum die Armutsquote der unbefristeten Vollzeitbeschäftigten angestiegen ist, insbesondere in Ostdeutschland. Dies erklärt sich daraus, dass neben individuellen Armutsrisiken (z. B. fehlende Ausbildungsabschlüsse) vor allem Veränderungen der Rahmenbedingungen (soziale Sicherungssysteme, Arbeitsmarkt, Haushaltsstrukturen) die Entwicklung der Armutsquote beeinflussen. Konkret zeigen die Autoren auf, dass veränderte Arbeitsmarktbedingungen (z.B. eine zunehmende Flexibilisierung) sowie Steuern und Sozialabgaben das Armutsrisiko erhöhen und dass zusätzliche Einkommensquellen (Staat, Familie) und abnehmende Einkommensbedarfe aufgrund zunehmend kleinerer Haushalte dieses Risiko nicht dämpfen. Ein negativer Einfluss der Veränderung des Ausmaßes der Umverteilung ist nicht festzustellen, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Analyse die Veränderungen infolge der Hartz-Gesetzgebung nicht erfasst.

Darüber hinaus zeigt Gießelmann (2009), dass vor allem für Arbeitsmarkteinsteiger oder Wiedereinsteiger das Armutsrisiko angestiegen ist, was auf veränderte Rahmenbedingungen im Bereich des Kündigungsschutzes und der Arbeitslosenunterstützung zurückzuführen sein kann.

In einer aktuellen Studie betrachten schließlich Lohmann und Gießelmann (2010) den Zusammenhang zwischen niedrigen Löhnen und Armut vor dem Hintergrund sich ändernder Erwerbsmuster in Ost- und Westdeutschland. Verwendet wird dabei eine gesamtdeutsche Niedriglohngrenze, die bei zwei Drittel des mittleren Bruttostundenlohns der abhängig Beschäftigten liegt. Es zeigt sich, dass es seit Ende der 1990er Jahre einen zunehmenden Zusammenhang zwischen Niedriglohnbeschäftigung und Armut von Erwerbstätigen gibt, auch wenn weiterhin die Mehrheit der Niedriglohnbeschäftigten nicht arm ist. Deutlich ist allerdings der Anstieg: So waren 1997 nur 10,4 % der Niedriglohnbeschäftigten arm, 2008 hat sich ihr Anteil auf 17,7 % erhöht (ebd., S. 305). Ein Grund für diese Zunahme ist, dass der Anteil der *alleinvertienenden* Niedriglohnbeschäftigten im Zeitverlauf zugenommen hat. Wenn auch von einem niedrigen Niveau ausgehend, deutet sich in dieser Entwicklung eine geänderte Bedeutung von Niedriglöhnen im Haushaltskontext an: Wenn

ein Niedriglohn die einzige Erwerbseinkommensquelle eines Haushalts ist, ist Armut kaum zu vermeiden.⁵

Mit Blick auf die ansteigende Armutsquote von Erwerbstätigen insgesamt unterscheiden Lohmann und Gießelmann (2010) drei unterschiedliche Faktoren, die hierzu beitragen:

(1) Die Entwicklung des Niedriglohnsektors: Aufgrund des überproportionalen Armutsrisikos von Niedriglohnbeschäftigten ist zu erwarten, dass eine Ausweitung des Niedriglohnsektors einen Anstieg der Armut Erwerbstätiger zur Folge hat.

(2) Ein zusätzlicher Impuls in Richtung einer höheren Armutsquote der Erwerbstätigen geht von der gegenwärtigen Entwicklung in Richtung alleinverdienende Niedriglöhner aus, selbst wenn der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten konstant bleibt.

(3) Und schließlich sind auch Entwicklungen innerhalb der Gruppe der anderen Erwerbstätigen, der „Normalverdiener“, zu berücksichtigen. Auch hier können Veränderungen im Verhältnis von Einkommen und Bedarf (durch die Lohn- bzw. Einkommensentwicklung, die Erwerbsmuster innerhalb von Haushalten oder die Haushaltszusammensetzung) zu steigenden oder zurückgehenden Armutsquoten der Erwerbstätigen führen.

Alle drei Faktoren tragen im Untersuchungszeitraum zu einer Zunahme der Armutsquote der Erwerbstätigen bei – und zwar sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland. Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen bestehen jedoch hinsichtlich der relativen Bedeutung dieser Faktoren. In Westdeutschland spielt die Zunahme sowohl des Anteils von Niedriglohnbeschäftigten als auch des Armutsrisikos innerhalb dieser Gruppe eine Rolle. In Ostdeutschland dagegen geht die Zunahme der Armut Erwerbstätiger kaum auf eine Ausweitung der Niedriglohnbeschäftigung zurück, sondern auf allgemein zunehmende Armutsquoten der Erwerbstätigen, also auch innerhalb der Gruppe der „Normalverdiener“.

Wie im internationalen Vergleich dargestellt (Abschnitt 5.1), wird in

⁵ Vgl. hierzu auch die Diskussion um „Hartz-IV-Aufstocker“, z.B. Bruckmeier et al. 2008.

Deutschland das Armutsrisiko von Niedriglohnbeschäftigten erst über den Haushaltskontext deutlich reduziert. Die Analysen der aktuellen Entwicklungen weisen aber darauf hin, dass sich die Rolle von Niedriglohnbeschäftigung ändert und seltener weitere Erwerbseinkommen

im Haushalt verfügbar sind, die helfen können, Armut zu vermeiden. Die Tatsache, dass Erwerbseinkommen niedrig sind, kann also nicht in gleichem Maße wie noch vor einigen Jahren als Ergebnis eines modifizierten Ernährersmodells interpretiert werden, wo das Einkommen

von – überwiegend weiblichen – Niedriglohnbeschäftigten als Hinzuverdienst angesehen werden konnte. Das aber heißt: Der Bedarf an Autonomie gewährleistenden Einkommen nimmt zu. Jedoch: Die Erwerbsarmut steigt. Der politische Handlungsbedarf ist offensichtlich.

LITERATUR

- Airio, I./Kuivalainen, S./Niemelä, M.** (2008): „Much ado about nothing“? Institutional framework and empirical findings on the working poor phenomenon in Finland from 1995 to 2005, in: Andreß, H. J./Lohmann, H. (Hrsg.): *The Working Poor in Europe. Employment, poverty and globalization*, Cheltenham, S. 179–202
- Andreß, H. J./Lohmann, H.** (Hrsg.) (2008): *The Working Poor in Europe. Employment, poverty and globalization*, Cheltenham
- Andreß, H. J./Seeck, T.** (2007): Ist das Normalarbeitsverhältnis noch armutsvermeidend? Erwerbstätigkeit in Zeiten deregulierter Arbeitsmärkte und des Umbaus sozialer Sicherungssysteme, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59 (3), S. 459–492
- Biolcati Rinaldi, F./Podestà, F.** (2008): Two countries in one. The working poor in Italy, in: Andreß, H. J./Lohmann, H. (Hrsg.): *The Working Poor in Europe. Employment, poverty and globalization*, Cheltenham, S. 203–226
- Bruckmeier, K./Graf, T./Rudolph, H.** (2008): Working poor: Arm oder bedürftig? Eine Analyse zur Erwerbstätigkeit in der SGB-II-Grundsicherung mit Verwaltungsdaten, IAB Discussion Paper (34), Nürnberg
- Connolly, S.** (2008): Is work a route out of poverty? What have New Labour's welfare-to-work measures meant for the working poor in Britain?, in: Andreß, H. J./Lohmann, H. (Hrsg.): *The Working Poor in Europe. Employment, poverty and globalization*, Cheltenham, S. 227–249
- Engels, F.** (1848): *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, zweite Ausgabe, Leipzig
- Esping-Andersen, G.** (1990): *The three worlds of welfare capitalism*, Cambridge
- European Council** (2005): Council decision of 12 July 2005 on Guidelines for the employment policies of the Member States, Official Journal of the European Union L 205/21
- Eurostat** (2005): *The continuity of indicators during the transition between ECHP and EU-SILC*, Office for Official Publications of the EC, Luxemburg
- Eurostat** (2010): *Description of target variables: Cross-sectional and Longitudinal, 2008 operation (Version January 2010)*
- Frick, J. R./Krell, K.** (2009): Einkommensmessungen in Haushaltspanelstudien für Deutschland: Ein Vergleich von EU-SILC und SOEP. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 237, DIW, Berlin
- Gesthuizen, M./Solga, H./Künster, R.** (2010): Context matters: Economic marginalization of low-educated workers in cross-national perspective, in: *European Sociological Review*, advance access published February 21, doi: 10.1093/esr/jcq006
- Gießelmann, M.** (2009): Arbeitsmarktpolitischer Wandel seit 1991 und das Working-Poor Problem: Einsteiger als Verlierer des Reformprozesses?, in: *Zeitschrift für Soziologie* 38 (3), S. 215–238
- Gießelmann, M./Lohmann, H.** (2008): The different roles of low-wage work in Germany: regional, demographical and temporal variances in the poverty risk of low-paid workers, in: Andreß, H. J./Lohmann, H. (Hrsg.): *The Working Poor in Europe. Employment, poverty and globalization*, Cheltenham, S. 96–123
- Halleröd, B./Larsson, D.** (2008): In-work poverty in a transitional labour market. Sweden 1988–2003. in: Andreß, H. J./Lohmann, H. (Hrsg.): *The Working Poor in Europe. Employment, poverty and globalization*, Cheltenham, S. 155–178
- Hauser, R.** (2007): Probleme des deutschen Beitrags zu EU-SILC aus der Sicht der Wissenschaft. Ein Vergleich von EU-SILC, Mikrozensus und SOEP. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 69, SOEP/DIW, Dezember, Berlin
- Jahoda, M./Rush, H.** (1980): *Work, employment and unemployment – an overview of ideas and research results in the social science literature*, SPRU Occasional Paper Series (12), University of Sussex
- Lohmann, H.** (2007): *Armut von Erwerbstätigen in europäischen Wohlfahrtsstaaten. Niedriglöhne, staatliche Transfers und die Rolle der Familie*, Wiesbaden
- Lohmann, H.** (2009): Welfare states, labour market institutions and the working poor: A comparative analysis of 20 European countries, in: *European Sociological Review* 25 (4), S. 489–504
- Lohmann, H.** (2010): Armut von Erwerbstätigen im europäischen Vergleich. Erwerbseinkommen und Umverteilung, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62 (1), S. 1–30
- Lohmann, H.** (2011): Comparability of EU-SILC survey and register data: The relationship among employment, earnings, and poverty, in: *Journal of European Social Policy* 21 (1), S. 1–18
- Lohmann, H./Gießelmann, M.** (2010): Armut von Erwerbstätigen in Ost- und Westdeutschland. Die Bedeutung von niedrigen Löhnen und unterschiedlichen Erwerbsmustern, in: Krause, P./Ostner, I. (Hrsg.): *Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010*, S. 299–311
- Marx, I./Verbist, G.** (1998): Low-Paid Work and Poverty: A Cross-Country Perspective, in: Bazen, St./Gregory, M./Salverda, W. (Hrsg.): *Low-Wage Employment in Europe*, Cheltenham, S. 63–86
- Müller, W.** (unter Mitarbeit von M. Klein) (2008): Schein oder Sein: Bildungsdisparitäten in der europäischen Statistik, in: *Schmollers Jahrbuch, Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 128 (4), S. 511–543
- Nolan, B.** (2008): Low pay and household poverty during Ireland's economic boom, in: Andreß, H. J./Lohmann, H. (Hrsg.): *The Working Poor in Europe, Employment, poverty and globalization*, Cheltenham, S. 250–270

Nollmann, G. (2009): Working Poor. Eine vergleichende Längsschnittstudie für Deutschland und die USA, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 61 (1), S. 33–55

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) (2010): Employment Outlook 2010: Moving beyond the Jobs Crisis, Paris

Peña-Casas, R./Latta, M. (2004): Working poor in the European Union, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Luxemburg

Ponthieux, S. (2010): Assessing and analysing in-work poverty risk, in: Atkinson, A. B./ Marlier, E. (Hrsg.): Income and living conditions in Europe, Publications Office of the EU, Luxemburg, S. 307–328

Rowntree, B. S. (1901, 2003): Poverty – a study of town life, Basingstoke

Schneider, S. (Hrsg.) (2008): The International Standard Classification of Education (ISCED-97). An evaluation of content and criterion validity for 15 European countries, Mannheim

Snel, E./de Boom, J./Engbersen, G. (2008): The silent transformation of the Dutch welfare state and the rise of in-work poverty, in: Andreß, H. J./Lohmann, H. (Hrsg.): The Working Poor in Europe. Employment, poverty and globalization, Cheltenham, S. 124–154

Strengmann-Kuhn, W. (2003): Armut trotz Erwerbstätigkeit. Analysen und sozialpolitische Konsequenzen, Frankfurt/New York

Wagner, G. G./Frick, J. R./Schupp, J. (2007): The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancements, in: Schmollers Jahrbuch. Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 127 (1), S. 139–169

Wolff, P./Montaigne, F./González, G. R. (2010): Investing in statistics: EU-SILC, in: Atkinson, A. B./Marlier, E. (Hrsg.): Income and living conditions in Europe, Publications Office of the EU, Luxemburg, S. 37–56